



Wahlprüfsteine des Landesintegrationsrates NRW zur Bundestagswahl 2021

Inhaltsverzeichnis

I.	Integration: Chancengerechtigkeit für alle	3
II.	Politische Teilhabe	5
III.	Rassistische Diskriminierung und Rechtsextremismus	7
IV.	Bildungserfolge verbessern: Bi-kulturelle Identität und natürliche Zweisprachigkeit.....	9
V.	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und staatlicher Einrichtungen	10
VI.	Arbeitsmarkt: Fairer Zugang, gute Arbeitsbedingungen.....	12
VII.	Solidarität mit den schwächsten der Gesellschaft: Geflüchtete und Geduldete	14
VIII.	Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren: Mehrstaatigkeit zulassen, Einbürgerungen fördern.....	16
IX.	Familie zusammenbringen – Einreise erleichtern	18
X.	Religionsfreiheit ist Menschenrecht – für alle!.....	19
XI.	Vielfalt und Gerechtigkeit im Gesundheitssystem	20
XII.	Pflege – aber kulturgerecht.....	21
XIII.	Gutes Wohnen – gerechte Teilhabe.....	22

I.Integration: Chancengerechtigkeit für alle

- a) Wie würden Sie „Integration“ definieren und was sind für Sie die Gelingensfaktoren für ein friedliches Zusammenleben? Wo sehen Sie die meisten Chancen für positive Veränderungen?

Integration bedeutet für uns gutes Zusammenleben. Dieses funktioniert in Deutschland insgesamt gut, bleibt aber für uns alle eine Daueraufgabe. Dafür setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer auf die Kraft der vielen und stellen uns Ignoranz, Egoismus sowie Hass und Hetze entgegen. Wir tun dies mit Mut, Kraft und Verantwortung.

- b) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu Deutschland zu stärken? Welche Signale der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Menschen mit internationaler Familiengeschichte halten Sie für geeignet?

Integration bedeutet: Heimat schaffen. Das Zusammenwachsen einer Gesellschaft wird aber auch gestärkt, indem Heimat und Identifikation erhalten werden. Wir fördern Heimat vor Ort mit Förderprogrammen zum Erhalt von beispielsweise Schwimmbädern und Bahnhöfen. Wo Menschen sich begegnen, kennenlernen und Beziehungen aufbauen, schwinden Ängste und Vorurteile. In unserer vielfältigen gewordenen Gesellschaft gibt es immer weniger Gelegenheiten der realen Begegnung aller Bevölkerungsgruppen. Für das gute Zusammenleben ist der Dialog zwischen Alteingesessenen und Neuangekommenen ebenso wichtig wie der Kulturaustausch und die kulturelle Teilhabe. Begegnungen müssen daher – z.B. im Rahmen von Dorfgemeinschaftshäusern, BürgerInnentreffs oder interkulturellen Cafés organisiert, entsprechend unterstützt und in ihrem integrativen Ansatz gestärkt werden. Dafür braucht es ein Bundesprogramm „Orte der Begegnung“ und Förderrichtlinien, die Vielfalt vor Ort einfordern und unterstützen.

- c) Wie bewerten Sie die Teilhabechancen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte?

Wir brauchen aktive Demokrat:innen – ganz gleich, woher sie kommen und welche Sprache sie sprechen. Eine offene und solidarische Gesellschaft ist nur dann weiterhin möglich, wenn die Zugänge zur Teilhabe für alle Bürger:innen weit geöffnet sind. Es ist daher ein Ziel der SPD, Teilhabe und Engagement der Bürger:innen mit Einwanderungsgeschichte zu stärken.

Deshalb wollen wir ein Partizipations- und Integrationsgesetz voranbringen. Ziel dieses Gesetzes ist es, eine Kultur der Anerkennung und Förderung von Vielfalt zu festigen und jede Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dieses Gesetz soll die Abschaffung von Benachteiligungen und Bevorzugungen von allen Menschen in Deutschland auf Grundlage des allgemeinen Gleichheitssatzes

in Artikel 3 des Grundgesetzes garantieren und die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte von Anfang an fördern.

- d) Wie stehen Sie zur Förderung von mitgebrachten Potentialen, insbesondere der Herkunftssprachen?

Die Förderung mitgebrachter Potentiale bei Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist für die Integration dieser Menschen unerlässlich und hat positive Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl sowie das Zusammenleben insgesamt. Zu den mitgebrachten Potentialen können unter anderem berufliche Kompetenzen, Erfahrungen oder Abschlüsse aber auch die Herkunftssprache zählen. Die Förderung einer Kompetenz wie der Herkunftssprache ist grundsätzlich sinnvoll, da die Kenntnis mehrerer Sprachen in unserer globalisierten Welt wichtig und nützlich ist. Dadurch wird nicht nur die Herkunftssprache allein, sondern auch die allgemeine intellektuelle Kompetenz des Lernens verbessert, wodurch der Erwerb weiterer Sprachen, wie beispielsweise der deutschen Sprache, einfacher wird. Ein weiterer positiver Effekt der Förderung der Herkunftssprache ist die Wertschätzung, die den Menschen entgegengebracht wird. Durch diese Anerkennung kann schneller und nachhaltiger ein Zugehörigkeitsgefühl entstehen und die Menschen fühlen sich in unserer Gesellschaft eher angekommen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Ausbau des Herkunftssprachenunterrichts weiter ausgebaut wird und auch das generelle Unterrichtsangebot vermehrt auch in den Herkunftssprachen gemacht werden kann.

- e) Wie bewerten Sie das immer wiederkehrende Infragestellen der Zugehörigkeit zu Deutschland von Menschen mit internationaler Familiengeschichte durch Debatten um Kopftücher, Nationalflaggen, etc.?

Die Zugehörigkeit zu Deutschland von Menschen mit internationaler Familiengeschichte darf nicht über Symbole infrage gestellt werden. Das Zugehörigkeitsgefühl ist auch nicht über das Tragen des Kopftuchs oder anderer Sichtbarer Merkmale der Religionszugehörigkeit festzustellen. Wenn jedoch deutlich wird, dass die Zugehörigkeit zu anderen Staaten besteht, während Symbole oder Merkmale der Zugehörigkeit zu Deutschland aber missbilligt oder missachtet werden, müssen wir ein Problem feststellen. Dann liegt es aber wiederum an der deutschen Politik, denjenigen, die sich Deutschland nicht zugehörig fühlen, bessere Integrationsstrategien und -angebote zu unterbreiten.

- f) Befürworten Sie die Einrichtung eines Bundesministeriums für Integration?

Eigene Ministerien bzw. die Überarbeitung von Zuständigkeiten zwischen den bestehenden Ministerien können ein Lösungsansatz sein und sollten dementsprechend in Erwägung gezogen werden. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass gerade der Integrations- und Migrationsbereich ein Querschnittsbereich ist, der viele unterschiedliche Rechts- und Politikbereiche betrifft. Hier kann es ebenso von Vorteil sein, wenn verschiedene Ministerien sich speziell mit einzelnen dieser Bereiche befassen, solange dies im Rahmen einer effektiven Kooperation und klaren Strategie erfolgt.

II. Politische Teilhabe

- a. Sehen Sie im Wahlprogramm Ihrer Partei die Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte abgedeckt? Wenn nein, auf welchem Weg möchte Ihre Partei diese Interessen stärker berücksichtigen?

Unser Wahlprogramm beinhaltet einen Teil, in dem der Fokus auf dem respektvollen, gemeinsamen Zusammenleben in unserer Gesellschaft liegt. Wir sehen Integration nicht nur als einseitigen und gradlinigen Prozess, sondern als eine Aufgabe, die von vielen Seiten bearbeitet werden muss. Wir wollen nicht nur über äußere Einflüsse Rassismus bekämpfen, sondern auch bei den Menschen selbst ein Zugehörigkeitsgefühl stärken. Zu diesem Prozess gehören die Erhöhung der Chancengleichheit in Beruf und Bildung, die Anerkennung und Förderung bereits vorhandener Kompetenzen und vor allem ein generelles Entgegenbringen von Wertschätzung. Außerdem werden wir die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte weiter stärken.

- b. Was unternehmen Sie und Ihre Partei, um den Anteil von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in Ihrer Partei zu erhöhen? Was schlagen Sie darüber hinaus vor, um mehr Menschen mit internationaler Familiengeschichte dafür zu gewinnen, sich politisch zu engagieren?

Um mehr Menschen mit internationaler Familiengeschichte dafür zu gewinnen, sich politisch zu engagieren, sollte der erste und zugleich wichtigste Schritt sein, dass Angebot der politischen Bildung zu erhöhen und zu intensivieren. Politische Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, sich zu beteiligen und eine Meinung zu politischen Geschehnissen zu bilden. Außerdem sollten wir es uns zur Aufgabe machen, Themen und Interessen in den Fokus zu nehmen, die zwar nicht die breite Öffentlichkeit betreffen, aber eben diese Menschen, die sich bei der politischen Themenfindung eher vernachlässigt fühlen. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sollten proportional zum Bevölkerungsanteil in der Politik vertreten sein. In der SPD engagieren sich bereits viele Menschen mit Migrationshintergrund. Damit sie sich in unserer Partei wohlfühlen, müssen wir vor allem Politik machen, die ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigt. Wir müssen sie ernstnehmen und miteinbeziehen wollen. Dazu gehört auch, dass sie als Kandidatinnen und Kandidaten für Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen aufgestellt werden. Wir müssen der Diskriminierung von Politikerinnen und Politikern mit ausländisch klingenden Namen gezielt entgegenreten. Sie sind leider häufig Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt, der Weg in die Politik wird ihnen oft durch Vorurteile erheblich erschwert. Wir müssen als Partei geschlossen hinter ihnen stehen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Partei unterstützen und schützen.

- c. Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht für alle Menschen aus Drittstaaten? Sollen Ihrer Ansicht nach alle Einwohnerinnen und Einwohner, die einen bestimmten Zeitraum in Deutschland leben, zumindest an den Kommunalwahlen teilnehmen können?

Wir fordern das Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige seit langem und werden weiter für die nötigen Mehrheiten (für die Grundgesetzänderung) arbeiten.

- d. Zahlreiche Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind deutsche Staatsbürger/innen und dürfen auf allen Ebenen wählen. Welche Vorschläge haben Sie, die Ansprache der Menschen zu verbessern und dadurch ihre Beteiligung an den Wahlen zu erhöhen?

Die Themen und Interessen, die Menschen mit internationaler Familiengeschichte interessieren und bewegen, müssen intensiver betrachtet und behandelt werden. Nicht zuletzt, weil der Anteil dieser Menschen immer weiter wächst und die Integration darauf basiert.

III. Rassistische Diskriminierung und Rechtsextremismus

- a. Welche präventiven Ansätze schlagen Sie vor, um die Verbreitung von Rassismus und rechtsextremem Gedankengut zu verhindern?

Siehe b.

- b. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie / hat Ihre Fraktion zur Förderung der Antidiskriminierungsarbeit auf Bundesebene geplant?
Sehen Sie Entwicklungsmöglichkeiten beim Allgemeinen Antidiskriminierungsgesetz?

Mit Unterstützung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure konnten wir in der Bundesregierung einen sehr ambitionierten Maßnahmenkatalog vereinbaren. Als treibende Kraft hat Olaf Scholz im Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus dafür gesorgt, dass man sich auf Maßnahmen verständigt hat.

Wir machen jetzt weiter Druck, damit aus Vereinbarungen auch konkrete Maßnahmen werden im Kampf gegen Rassismus. Dabei orientieren wir uns auch weiterhin an den Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses.

Wir wollen eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und staatliche Stellen. Wie beschrieben werden wir mit einem Bundespartizipationsgesetz die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte offensiv fördern. Zudem wollen wir eine(n) unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen und die Schutzwirkung des AGG steigern.

- c. Wie bewerten Sie den Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus von November 2020?

Der Maßnahmenkatalog umfasst mit seinen Maßnahmen die meisten Bereiche und Altersgruppen, bei denen mit der Präventionsarbeit angesetzt werden kann. Die beschriebenen Maßnahmen sind sowohl theoretischer, als auch praktischer Art.

Wir sollten den Fokus noch stärker auf Prävention legen und schon im Kindesalter damit anfangen. Dadurch, dass Kinder und Jugendliche durch Kindergarten, Kita und Schule sehr stark geprägt werden, ist es sinnvoll die Präventionsarbeit zu einem großen Teil dorthin zu verlagern. Kinder und Jugendliche sollen früh sensibilisiert werden. Außerdem hat dies die Auswirkung, dass das erlernte Verhalten und die Haltung der Kinder zu dem Thema Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auf die Familie und die Eltern übergehen könnte.

- d. Welche Maßnahmen schlagen sie zur Bekämpfung von institutionellem Rassismus vor?

Wir wollen eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und staatliche Stellen. Wir werden mit einem Bundespartizipationsgesetz die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte offensiv fördern. Zudem wollen wir eine(n) unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen und die Schutzwirkung des AGG steigern.

- e. Wie stehen Sie zu einer Rassismus-Studie bei den Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr?

Rassismus-Studien sind angesichts der Häufung der Fälle von rechtsextremen, rassistischen und diskriminierenden Äußerungen von Sicherheitskräften und der Bundeswehr notwendig, sie dürfen sie allerdings nicht unter Generalverdacht stellen. Da die Sicherheitskräfte verhältnismäßig häufig in Kontakt mit Menschen mit Migrationshintergrund kommen, müssen sie besonders sensibilisiert werden. Wenn es strukturelle rassistische Tendenzen innerhalb einer Sicherheitsbehörde oder der Bundeswehr gibt, müssen diese zwingend aufgedeckt werden.

- f. Sind Sie dafür, dass unabhängige Stellen eingerichtet werden, damit Polizistinnen und Polizisten anonym über Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb ihrer Dienst Einheit berichten können?

Ja, Polizistinnen und Polizisten sollten die Möglichkeit bekommen, anonym über solche Fälle berichten zu können, ohne berufliche Konsequenzen fürchten zu müssen. Eine unabhängige Stelle kann diese Neutralität gewährleisten.

IV. Bildungserfolge verbessern: Bi-kulturelle Identität und natürliche Zweisprachigkeit

- a. Wie kann institutionellen Formen der Diskriminierung im Bildungsbereich entgegengewirkt werden?
- b. Sollten gezielt pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte mit internationaler Familiengeschichte eingestellt werden? Wie könnten ihre spezifischen Ressourcen in den Bildungseinrichtungen genutzt werden?
- c. Wie gelingt es, die interkulturelle Pädagogik in Kitas, schulischen Einrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe zu implementieren?
- d. Wie sollte die Förderung von Multilingualität an Kitas und Schulen zum Nutzen aller Kinder und Jugendlichen am besten umgesetzt werden?
- e. Wie können Familiensprachen von Schülerinnen und Schüler mit internationaler Familiengeschichte als prüfungsrelevantes Fach in die Stundentafel aufgenommen werden?
- f. Wie kann die gleichberechtigte Bildungsteilhabe von geflüchteten und neueingewanderten Kindern gewährleistet werden?

Bei den Fragen in diesem Kapitel geht es um das Thema Bildung, Schulen etc. dies ist ein landespolitisches Thema und kann im Rahmen der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl nicht beantwortet werden.

V. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und staatlicher Einrichtungen

- a. Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der beschäftigten Menschen mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen? Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen widerspiegelt?

Wir unterstützen Programme, die eine vielfältige Kultur in Unternehmen und Behörden fördern. Um Diskriminierung zu beseitigen und das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium an den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Migrationsgeschichte auszurichten, wollen wir anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen, die der Zielrichtung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes entsprechen. Die mangelnde Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt trifft Frauen mit Migrationsgeschichte besonders. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt muss durch gezielte, niedrigschwellige Beratungsangebote verbessert werden. Arbeitsrechtliche Diskriminierung von Frauen wegen ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft muss abgebaut werden. Zudem sollen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft Zielvereinbarungen, für einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte, getroffen werden. Der öffentliche Dienst muss dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Der öffentliche Dienst muss Vorbild in Sachen Integration sein. Im Sinne der Chancengleichheit ist darauf zu achten, dass auch marginalisierte Personengruppen Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst erhalten und dass es allen Beschäftigten gleichermaßen möglich ist, sich fortzubilden und aufzusteigen. Wir brauchen darum neben zielgruppenspezifischen Formulierungen von Stellenausschreibungen, Anerkennung von Vielfaltskompetenzen, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie Entgeltgerechtigkeit auch ein Partizipations- und Integrationsgesetz, das staatliche Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichtet.

- b. Wie können Ihrer Meinung nach interkulturellen Kompetenzen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt und gezielt eingesetzt werden?

Eine Möglichkeit der Stärkung der interkulturellen Kompetenzen aller MitarbeiterInnen sind Weiterbildungen oder Seminare, in denen das Team weitergebildet wird.

Eine weitere und zudem viel sinnvollere Möglichkeit ist es, das Team so zusammenzustellen, dass die MitarbeiterInnen gegenseitig voneinander profitieren. In der Praxis könnte das so aussehen, dass vor allem MitarbeiterInnen mit internationaler Familiengeschichte, welche meist aufgrund der gegebenen Umstände interkulturelle Kompetenzen mitbringen, die anderen MitarbeiterInnen für Situationen und Gespräche sensibilisieren, in denen interkulturelle Kompetenzen gefragt sind.

- c. Natürliche Bilingualität und interkulturelle Kompetenz sind Potenziale, die in vielen Bereichen unserer Gesellschaft genutzt werden können. Befürworten Sie die Berücksichtigung der natürlichen Mehr- und Zweisprachigkeit und der interkulturellen Kompetenz der Bewerber/innen bei der Personalauswahl für die Verwaltung?

Die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch mehrsprachiges und interkulturelles Aufwachsen gewonnen werden, können einen großen Mehrwert für die Verwaltungen darstellen. Sie sind daher zu berücksichtigen, dürfen aber nicht zum Nachteil für andere Bewerber ausgelegt werden, die anders aufgewachsen sind.

VI.Arbeitsmarkt: Fairer Zugang, gute Arbeitsbedingungen

- a. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Diskriminierungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt effektiv zu begegnen?

Wir unterstützen anonymisierte Bewerbungsverfahren für mehr Chancengleichheit und weniger Diskriminierung aufgrund persönlicher, nicht für die Arbeitsleistung relevanter Merkmale.

- b. Wie können die spezifischen Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Ausbildungs- und Arbeitsbereich aufgewertet und ausgeschöpft werden?

Durch Kultursensible Weiterbildungsangebote für Ausbildungsstätten/Arbeitgeber, die den Dialog mit den Auszubildenden fördern. Schließlich muss sich die Bewertung der spezifischen Potenziale ändern, sodass sie nicht mehr als Schwäche oder Hindernis, sondern als Bereicherung verstanden werden.

- c. Welche Vorschläge haben Sie, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern?

Es ist uns wichtig, den Übergang von der Schule in die Ausbildung so effektiv wie möglich zu gestalten. Besonders Menschen mit internationaler Familiengeschichte sollen gefördert und gefordert werden, um den Einstieg in den beruflichen Alltag zu vereinfachen. Um das zu erreichen, muss die Unterstützung bei der Berufs-/ Ausbildungswahl im Vordergrund stehen. Im zweiten Schritt ist die Förderung der Selbstständigkeit wesentlich für einen erfolgreichen Einstieg in die Ausbildung.

- d. Welche Rahmenbedingungen muss die Politik schaffen, um den Fachkräftemangel mit vorhandenen Potenzialen zu decken?

In Hinblick auf den Fachkräftemangel in einigen Branchen will die SPD mit einem Gesamtkonzept antworten, welches die verschiedenen Dimensionen des Problems adressiert: So wollen wir beispielsweise gezielt die Transformation der Arbeitswelt begleiten und für Arbeitnehmer:innen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, sowie für alle ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart einführen, damit die Arbeitskräfte von heute sich für die Arbeit von morgen qualifizieren können.

- e. Wie können die zur Arbeitsaufnahme eingewanderten Menschen rechtlich und de facto geschützt werden? Wie kann die Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln in

Deutschland ohne Ausbeutung vollzogen werden? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um ein gerechtes Pflegesystem zu schaffen?

Um sicherzustellen, dass kurzfristig Beschäftigte auch tatsächlich über eine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall verfügen, wird für diese Beschäftigten eine Meldepflicht des Arbeitgebers zur Art der krankensicherungsrechtlichen Absicherung des Arbeitnehmers eingeführt. Perspektivisch muss auch bei der Saisonbeschäftigung die Sozialversicherungspflicht der Regelfall werden. Zur Prüfung der Richtigkeit der vom Arbeitgeber gemeldeten Angaben über die Art des Krankensicherungsschutzes ist der Nachweis des Krankensicherungsschutzes Teil der vom Arbeitgeber aufzubewahrenden Entgeltunterlagen.

VII.Solidarität mit den schwächsten der Gesellschaft: Geflüchtete und Geduldete

- a. Wie beurteilen Sie die Asylrechtsveränderungen seit 2014, insbesondere die Verschärfungen für Schutzsuchende aus „sicheren Herkunftsstaaten“ und die pauschale Unterscheidung von „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive?

- ➔ Räumliche Beschränkung auf Aufnahmeeinrichtung für mind. 3 – max. 6 Monate (bis zur Entscheidung über den Asylantrag)
- ➔ Beschäftigungsverbot für die Dauer des Asylverfahrens
- ➔ Teilnahme an Integrationskursen nicht möglich
- ➔ Bewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung
 - Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern
 - Mit Wiedereinreiseperrren, mit Folgeanträgen
 - Ohne Mitwirkungsbereitschaft

- b. Wie bewerten Sie das Prinzip der Einstufung bestimmter Herkunftsstaaten als sicher?

Die Bezeichnung eines Staates als „sicherer Herkunftsstaat“ erfolgt, wenn gesetzlich vermutet wird, dass in diesem Land keine politische Verfolgung stattfindet. Allerdings kann man dies nicht immer pauschal betrachten und die Einstufung erfolgt nicht immer realitätsnah. Grund für die vereinfachte Einordnung in sichere und nicht sichere Herkunftsstaaten ist vermutlich die dadurch einfachere umzusetzende Asylverfahrenspolitik.

Wir sind der Meinung, dass Asylrechtsregelungen neu gedacht und überarbeitet werden müssen. Eine Einstufung nach sicher und nicht sicher ist in dieser Zeit nicht mehr ausreichend, um die politische Situation eines Staates einzuordnen.

- c. Welche Maßnahmen erachten Sie für sinnvoll, um die Teilhabe Geflüchteter voranzutreiben? Wie gelingt es, auch die Betroffenen hieran politisch zu beteiligen?

Für das Miteinander stärken wir die Integrationskurse, zu denen alle bedürftigen Menschen in Deutschland – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Aufenthaltsstatus – Zugang haben sollen. Hierbei setzen wir auf zielgenauere, flexible und modulare Angebote und eine Diversifizierung von Integrationskursen. Durch standardisierte Angebote zur Kinderbetreuung wollen wir gewährleisten, dass berufstätige Mütter und Väter an Integrationskursen teilnehmen können. Kitas sind zentrale Orte für frühkindliches Lernen.

Kleine Kinder sollen deshalb darüber hinaus unabhängig von Aufenthaltsstatus und Berufstätigkeit der Eltern die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen. Es ist uns gelungen, die umfassende Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen seit nunmehr sieben Jahren (2015–2021) sicherzustellen. Der Bund hat Länder und Kommunen dabei bisher mit 35,4 Mrd. Euro unterstützt und wird seiner gesamtstaatlichen Verantwortung damit weiterhin gerecht. Wir erwarten, dass die Länder die notwendigen Mittel an ihre Kommunen weitergeben. Integration ist eine Daueraufgabe, die nicht deshalb endet, weil nun weniger Geflüchtete nach

Deutschland kommen. Der Bund muss sich im Zusammenspiel mit den Ländern weiterhin angemessen an den Kosten der Integration beteiligen.

- d. Wie stehen Sie zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten? Wie kann diese befördert werden?

Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten hat im Vergleich zu der Unterbringung in Massenunterkünften mehrere Vorteile und wirkt sich vor allem in Bezug auf die langfristige Integration der Geflüchteten positiv aus.

Den Gemeinden und Landkreisen müssen die Vorteile einer dezentralen Unterbringung aufgezeigt werden. Durch die Dezentralisierung kann das Potenzial der Geflüchteten viel besser gefördert und genutzt werden und die Gemeinden profitieren mit. Die Geflüchteten können aktiv mit einbezogen werden und haben keine Möglichkeit des Rückzugs.

- e. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um „Kettenduldungen“ in Zukunft zu verhindern? Sind Sie für eine Stichtagsregelung für Langzeitgeduldete?

Auch im Bereich der Duldungen plädieren wir für mehr Realismus. Sogenannte Kettenduldungen wollen wir beenden. Wenn eine Ausreise und Rückkehr in die Heimat aus

rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht zu erwarten ist, wollen wir über Integration und Anstrengung eine Möglichkeit auf einen dauerhaften Aufenthalt bieten. Wir wollen im

Rahmen einer Altfallregelung mit Stichtag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die schon Teil unserer Gesellschaft geworden sind und ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten. Durch eine solche Regelung wollen wir den geduldeten Menschen und auch den Arbeitgebern, deren dringend benötigte Arbeitskräfte häufig von Abschiebung bedroht sind, Sicherheit bieten. Wer in Deutschland mit einem Schul-, Berufs- oder sonstigen Bildungsabschluss begonnen hat, soll diesen Bildungsweg auf jeden Fall beenden können.

- f. Auf europäischer Ebene steht die Abwehr von geflüchteten Menschen im Mittelpunkt der Asyl- und Grenzpolitik. Welche Richtung sollte die EU im Umgang mit Geflüchteten Ihrer Meinung nach in Zukunft einschlagen und welche Rolle sollte Deutschland dabei einnehmen?

Die EU-Staaten sollen ihre Stärken einbringen, um zum gemeinsamen Ziel einer geordneten und funktionierenden Asyl- und Migrationspolitik beizutragen, die den europäischen und internationalen humanitären Standards gerecht wird. Außerdem setzen wir uns für einen gerechten und solidarischen Verteilmechanismus ein, sodass alle Geflüchteten eine menschenwürdige Behandlung erfahren, während die finanziellen und organisatorischen Lasten innerhalb der Union gemeinsam und fair verteilt bewältigt werden. Bis dahin sollten Staaten, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen, durch ein Relocation-Programm unterstützt werden, um auch kurzfristig eine bessere Balance bei der Verteilung innerhalb der EU sicherzustellen.

- g. Wie stehen Sie zur zivilen Seenotrettung? Sind Sie für Entkriminalisierung der Menschen, die Geflüchtete auf dem Mittelmeer vor sicherem Tod retten?

Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf auch für private Hilfsorganisationen nicht kriminalisiert werden, sondern sollte auch staatlich durch die EU gewährleistet werden. Private Hilfsorganisationen sollen aufgenommene Flüchtende unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Für die Aufnahme von Geretteten werden wir eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ aufgegriffen werden.

- h. Wie kann aus Ihrer Sicht den Geflüchteten geholfen werden, die aus Angst vor einer Abschiebung abgetaucht sind und inzwischen als „Illegale“ unter uns leben.

Dazu braucht es niederschwellige Angebote direkt vor Ort, die den Geflüchteten die Angst nehmen können. Mit psychosozialer Unterstützung statt einschüchternder Behördengänge müssen den Geflüchteten alle rechtlichen Möglichkeiten und Konsequenzen ihres Aufenthalts nahegebracht werden. In einem nächsten Schritt müssen an sie Integrationsangebote herangeführt werden.

VIII. Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren: Mehrstaatigkeit zulassen, Einbürgerungen fördern

- a. Wie stehen Sie zu der rechtlichen Ungleichbehandlung von EU-Bürger*innen und Drittstaatsangehörigen bei der Frage der Mehrstaatigkeit? Sind Sie für eine generelle Zulassung von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte?

Siehe b.

- b. Sind Sie dafür, dass das Geburtsortsprinzip in Deutschland ähnlich wie in den USA oder in Kanada konsequent praktiziert wird, damit alle in Deutschland geborenen Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten?

Unsere Gesellschaft des Respekts braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Nachdem wir bereits dafür gesorgt haben, dass grundsätzlich alle in Deutschland geborenen Kinder mit der Geburt auch deutsche Staatsbürger*innen sind, werden wir auch die generelle Möglichkeit von Mehrstaatigkeit gesetzlich verankern. Wir wollen bestehende Hürden bei Einbürgerungen abschaffen und hierfür auch die geltende Regelaufenthaltsdauer von bisher acht Jahren verkürzen.

- c. Sehen Sie die Herkunfts-Staatsbürgerschaft der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als einen untrennbareren Teil ihrer Identität, die gefördert und gepflegt werden muss?

Ja. Menschen sollten in keiner Art und Weise dazu benötigt werden, ihre Herkunftsidentität aufzugeben. Beide Identitäten, die deutsche und die des Herkunftslandes, machen den Menschen aus und sollten daher auch gefördert werden. Man sollte die Herkunfts-Staatsbürgerschaft der Menschen mit internationaler Familiengeschichte definitiv als untrennbaren Teil ihrer Identität sehen, wenn diese Menschen es auch so machen. Eine Staatsbürgerschaft verbindet die meisten Menschen mit ihrer Heimat oder sogar ihrer Familie, die eventuell noch in dieser Heimat lebt.

Die Anerkennung und Pflege der Herkunfts-Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Teil der Integration. Menschen mit internationaler Familiengeschichte fühlen sich und ihre Identität dadurch anerkannt und erleben dadurch Wertschätzung. Dieses Gefühl kann einen großen Teil zu dem Zugehörigkeitsgefühl zu unserer Gesellschaft beitragen.

- d. Sind Ihrer Ansicht nach Doppelstaater Deutschland gegenüber weniger loyal?

Nein, die doppelte Staatsbürgerschaft hat nicht zur Folge, dass die Loyalität gegenüber Deutschland sinkt. Eher die Verweigerung der doppelten Staatsbürgerschaft unter Zwang zur Aufgabe der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes hindert Menschen daran, sich als vollwertig akzeptiertes Mitglied der deutschen Gesellschaft zu fühlen und kann sicherlich die Loyalität zu Deutschland einschränken. Die Öffnung der doppelten Staatsbürgerschaft für alle kann wiederum also sogar die Loyalität gegenüber Deutschland steigern.

- e. Sind Sie dafür, dass EU-Bürger*innen ihre Herkunfts-Staatsbürgerschaft generell beibehalten dürfen?

Ja, EU-Bürger*innen sollten die Möglichkeit haben, generell die Herkunfts-Staatsbürgerschaft zu behalten und die deutsche anzunehmen.

IX. Familie zusammenbringen – Einreise erleichtern

- a. Wie kann Ihrer Meinung nach die Visumsvergabe grundsätzlich entbürokratisiert werden?

Wir wollen, dass die Visavergabe digitaler und damit schneller und effizienter durchgeführt werden können. Die Bundesregierung arbeitet bereits an der Digitalisierung der Visumbeantragung. Einwanderungswillige sollen ihren Antrag und dazu gehörige Unterlagen künftig über das sog. Auslandsportal des Auswärtigen Amts digital einreichen können. Die Pilotphase soll an ausgewählten Auslandsvertretungen noch 2021 beginnen.

- b. Sind Sie dafür, dass Angehörige ersten Grades der Menschen mit internationaler Familiengeschichte, die dauerhaft in Deutschland leben, ein geregelter Aufenthaltsrecht für Deutschland erhalten?

Wir haben das Grundrecht auf Einheit der Familie gegen unseren Koalitionspartner verteidigt.

Wir wollen allen Schutzberechtigten das Zusammenleben mit ihren Familienangehörigen ermöglichen. Familien muss das Zusammenleben in Deutschland bedingungslos ermöglicht werden, wenn sie schutzbedürftig sind. Eltern sollen sich nicht länger zwischen ihren Kindern in Herkunfts- oder Transitländern und in Deutschland entscheiden oder aufteilen müssen.

X. Religionsfreiheit ist Menschenrecht – für alle!

- a. Welche Maßnahmen sind angemessen, um die Religionsfreiheit in Deutschland wirksam und nachhaltig zu gewährleisten?

Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen. Den interreligiösen Dialog und den Dialog von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen werden wir weiter fördern und verstärken. Wir begrüßen das Engagement von säkularen Initiativen der Zivilgesellschaft. Die Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie.

- b. Ist Ihrer Ansicht nach eine gesetzliche Regelung vonnöten, um pauschalen Schmähungen von Religionen einen Riegel vorzuschieben?

- c. Wie können Akzeptanz und Wertschätzung für alle Religionen geschaffen werden?

Durch interkulturellen und interreligiösen Dialog.

- d. Wie kann der interreligiöse Dialog noch verbessert werden?

Durch bessere Aufklärung im Schulunterricht und der Stärkung auch von Nicht-Christlichen Religionsgemeinschaften sowie die Förderung zur Ausbildung von Personal in Deutschland.

- e. Das novellierte Beamten-gesetz ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, da es eine Negierung der Religionsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte bedeuten kann. Wie bewerten Sie das Gesetz?

- f. Wie können aus Ihrer Sicht Islamfeindlichkeit und Antisemitismus erfolgreich bekämpft werden?

Wir werden nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Antifeminismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen. Ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt.

- g. Sollten für den muslimischen Bekenntnisunterricht nur Lehrer bzw. Imame rekrutiert werden, die ihre Ausbildung in Deutschland genossen haben? Wie und wo sollen, analog dazu, z.B. die Lehrkräfte für den jüdischen Religionsunterricht ausgebildet werden?

XI. Vielfalt und Gerechtigkeit im Gesundheitssystem

- a. Wie könnte der Wissensstand über die medizinischen Bedürfnisse von Menschen mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?
- b. Welche Strategien zur interkulturellen Öffnung in der Gesundheitsversorgung schlagen Sie vor? Welche gesetzgeberischen Möglichkeiten sehen Sie?
- c. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Fachkräftemangel in Pflege und Gesundheitsversorgung zu beseitigen?

Wir wollen den Beruf durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Dazu wollen wir einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, eine bedarfsgerechte und wissenschaftlich evaluierte Personalbemessung und die stärkere Vereinbarkeit des Berufs mit der Familie.

Zudem wollen wir das Finanzierungssystem so umbauen, dass die gute Qualität der Pflege und ordentliche Arbeitsbedingungen belohnt werden, und die Bürokratie, wo möglich, abbauen. Anschließend wollen wir auch die Anwerbung ausländischer Kräfte durch klare Vermittlungsregeln neugestalten.

- d. Wie können Barrieren und Benachteiligung in der Gesundheitsversorgung abgebaut werden?
- e. Was ist notwendig, um diskriminierende und rassistische Strukturen im medizinischen Sektor zu identifizieren und zu beseitigen?
- f. Wie bewerten Sie Mehrsprachigkeit im Kontext von Krankenpflege?

XII. Pflege – aber kulturgerecht

- a. Wie könnte der Wissensstand über die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?

Der Wissensstand über die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit internationaler Familiengeschichte muss verbessert werden, indem aktiv Befragungen durchgeführt werden. Es ist wichtig, die Zielgruppe miteinzubeziehen und konkrete Fragen zu stellen.

- b. Welche Strategien zur Beförderung der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe und -Pflege schlagen Sie vor?

Ein wichtiger Schritt wäre es die Hürden und Probleme hinsichtlich der Kommunikation zwischen PflegerInnen und Gepflegten zu überwinden. Dazu könnten gezielt Menschen mit internationaler Familiengeschichte für den Pflegeberuf angeworben werden. Die SeniorInnen sollten nicht räumlich getrennt voneinander leben, sondern zusammen. Trotzdem würden Pflegekräfte mit den entsprechenden Sprachkenntnissen die Sprachbarriere überwinden und auch den interkulturellen Dialog zwischen deutschsprachigen Pflegekräften und SeniorInnen mit internationaler Familiengeschichte stärken.

- c. Wie können Barrieren und Benachteiligung von Seniorinnen und Senioren mit internationaler Geschichte in der Pflege abgebaut werden?
- d. Was ist notwendig, um diskriminierende und rassistische Strukturen im medizinischen Sektor zu identifizieren und zu beseitigen?
- e. Wie bewerten Sie Mehrsprachigkeit im Kontext von Altenpflege?

Es benötigt zweifelsfrei mehrsprachige Angebote in der Altenpflege. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem die erste Gastarbeitergeneration, sind jetzt in einem pflegebedürftigen Alter. Sie haben zuvor aber wenig bis keine Möglichkeiten gehabt, die deutsche Sprache zu erlernen. Diese Menschen sind auf mehrsprachiges Personal angewiesen und das wollen wir fördern.

XIII. Gutes Wohnen – gerechte Teilhabe

- a. Welche Instrumente können Ihrer Meinung nach der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt etwas entgegensetzen?

Ähnlich wie auf dem Arbeitsmarkt sollen Bewerbungen oder Besichtigungen von Wohnungen jedem ermöglicht werden. Die Regierung muss dafür sorgen, dass der soziale Wohnungsmarkt weiter ausgebaut wird, damit auch hier mehr Platz für Menschen mit internationaler Familiengeschichte entstehen kann. Herkunft und Geschlecht sollten bei Wohnungsbewerbungen keine Rolle mehr spielen.

- b. Wie kann auf Bundesebene dem unverhältnismäßigen Anstieg der Mieten begrenzend entgegengewirkt werden?

Wir wollen den Anstieg der Mieten bremsen – so lange, wie wir brauchen, um bezahlbare Wohnungen zu bauen. Deshalb wollen wir in angespannten Wohnlagen ein befristetes Mietemoratorium einführen: Mieten können dort im festgelegten Zeitraum nur in Höhe der Inflationsrate erhöht werden.

- c. Was kann die neue Bundesregierung tun, um mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Einwohner/innen zu schaffen? Wie kann dabei die Lebensqualität in Orten und Quartieren, die von sozialer Benachteiligung geprägt sind, verbessert werden?

Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften.

Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten vor allem für den erforderlichen Neubau sowie die Quartiersentwicklung und den Klimaschutz. Nach wie vor ist der Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich. Daneben führen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein und fördern damit ein zusätzliches nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt.

- d. Wie stehen Sie zur Förderung des privaten und sozialen Wohnungsbaus?

Um insbesondere jungen Familien den Weg zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen, wollen wir die Förderung von Mietkaufmodellen oder Genossenschaftsanteilen in angespannten Wohnungsmärkten sowie die Förderung des Erwerbs von Bestandsimmobilien im ländlichen Raum als Fortsetzungsmodell des Baukindergeldes stärken. Auch die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern als Ort der Begegnung und Gemeinschaft wollen wir entsprechend unterstützen.

- e. Wie können Mieter/innen vor prekären Wohnbedingungen und dem Abrutschen in die Wohnungslosigkeit geschützt werden?

Begleitend zum 10-Jahres-Programm „Neues Soziales Wohnen“ ist als kurzfristig wirkende Maßnahme eine Aufstockung des Wohngelds für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, deren Mietbelastung über 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens liegt, vorzunehmen. Denn das wichtigste wohnungspolitische Ziel ist, dass niemand mehr als 30 Prozent für die Miete bezahlen muss.